

Wilke, Christina Benita

Article — Published Version

Demografie und Arbeitsmarkt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wilke, Christina Benita (2016) : Demografie und Arbeitsmarkt, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 96, Iss. 3, pp. 220-222, <https://doi.org/10.1007/s10273-016-1960-x>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/141394>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Christina Benita Wilke

Demografie und Arbeitsmarkt

Der demografische Wandel, also die Veränderung von Bevölkerungsumfang und -struktur, wird Deutschland in den kommenden Jahrzehnten weitreichend und nachhaltig verändern. Deutschland wird altern, schrumpfen und einen wachsenden Anteil von Bürgern mit Migrationshintergrund verzeichnen. In den letzten Jahren haben vor allem das Bewusstsein über die Alterung sowie die regional sehr unterschiedlich fortschreitenden Schrumpfungsprozesse die Politik quer durch alle Bereiche der Gesellschaft geprägt. Aktuell steht vor dem Hintergrund des zu beobachtenden Flüchtlingszustroms insbesondere die Migrationspolitik im Fokus.

Für die künftige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist insbesondere relevant, wie sich dieser demografische Wandel auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Denn der Umfang der Bevölkerung und ihre Altersstruktur bestimmen das potenziell ausschöpfbare Arbeitskräfteangebot in einer Volkswirtschaft und damit auch – neben weiteren Faktoren wie der Produktivität – ihr Wachstumspotenzial. Zudem sind die auf dem Umlageverfahren basierenden Sozialversicherungssysteme auf eine ausreichende Zahl an Beitragszahlern und somit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten angewiesen, die die Finanzierung der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungsleistungen sicherstellen.

Maßgeblich für die demografische Entwicklung eines Landes sind drei Parameter:

1. die Entwicklung der Lebenserwartung,
2. die Entwicklung der Geburtenraten und
3. die Entwicklung des Wanderungssaldos.

Kontinuierlicher Anstieg der Lebenserwartung

Die Lebenserwartung ist in Deutschland im vergangenen Jahrhundert nahezu kontinuierlich gestiegen. Seit Beginn der 1970er Jahre hat sich die durchschnittliche Lebens-

erwartung bei Geburt um etwa 2,5 Jahre pro Dekade erhöht.¹ Gemäß der letzten Sterbetafel von 2010/2012² liegt die Lebenserwartung bei Geburt für Mädchen bei knapp 83 und für Jungen bei knapp 78 Jahren. Mädchen haben heutzutage demnach eine um etwa fünf Jahre höhere durchschnittliche Lebenserwartung als Jungen. Die fernere Lebenserwartung ist im gleichen Zeitraum mit etwa 1,5 Jahren pro Jahrzehnt ebenfalls deutlich gestiegen. Sie liegt für Frauen im Alter von 65 Jahren heute bei fast 21, für Männer bei knapp 18 Jahren. Die Differenz in der Lebenserwartung von Männern und Frauen fällt im fortgeschrittenen Alter mit nur noch drei Jahren somit geringer aus.

Für die Zukunft rechnet das Statistische Bundesamt in seiner 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung³ in einer unteren und oberen Variante damit, dass die Lebenserwartung bei Geburt bis zum Jahr 2060 für Mädchen um weitere sechs bis acht Jahre auf knapp 89 bis über 90 Jahre und für Jungen um weitere sieben bis neun Jahre auf knapp 85 bis 87 Jahre steigen wird. Ein Großteil dieses Anstiegs wird dabei aufgrund der höheren Überlebenswahrscheinlichkeiten im fortgeschrittenen Alter erwartet. So geht das Statistische Bundesamt bei der ferneren Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren bis zum Jahr 2060 von einer Zunahme um 4,5 bis sechs Jahre aus.

Konstant niedrige Geburtenraten

Nach den hohen Geburtenraten der 1950er und 1960er Jahre von über zwei Kindern pro Frau (Babyboom), ist die Geburtenrate in Deutschland innerhalb weniger Jahre deutlich abgesunken (Pillenknicke) und hat sich auf einem Niveau von etwa 1,4 Kindern pro Frau stabilisiert. Dieser Wert liegt deutlich unter dem bestandserhaltenden Niveau von 2,1 Kindern pro Frau – jede Elterngeneration wird nur noch zu knapp zwei Dritteln durch Kinder ersetzt. Im Jahr 2014 ist die Geburtenrate in Deutschland mit 1,47 Kindern pro Frau erstmals seit 25 Jahren wieder merklich angestiegen. Für die Zukunft geht das Statistische Bundesamt in seinen Vorausberechnungen von einer Geburtenrate von 1,4 (untere Variante) bzw. 1,6 (obere Variante) Kindern pro Frau aus.

1 Eigene Berechnungen basierend auf den Sterbetafeln des Statistischen Bundesamtes.

2 Vgl. Statistisches Bundesamt: Allgemeine Sterbetafeln für Deutschland 2010/2012, Wiesbaden 2015.

3 Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015.

Dr. Christina Benita Wilke, FOM Hochschule für Oekonomie und Management, Hochschulzentrum Bremen.

Abfolge von Babyboom und Pillenknick in Deutschland besonders ausgeprägt

Die zeitlich sehr knappe Abfolge von Babyboom und Pillenknick in den späten 1960er Jahren ist in Deutschland wesentlich stärker ausgeprägt als in den meisten anderen europäischen Ländern. Dies führt dazu, dass Deutschland neben der Alterung des Individuums zugleich eine starke Alterung seiner Gesellschaft als Ganzes erfährt – denn den zahlenmäßig starken Jahrgängen der nun alternden Babyboom-Generation folgen die zahlenmäßig deutlich schwächeren Jahrgänge nach dem Pillenknick. So wird sich gemäß der Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes der Altenquotient von etwa 34 Älteren (65 Jahre +) je 100 Jüngerer im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) 2013 bis 2060 auf 65 fast verdoppeln: Während ein Älterer heute noch drei Jüngeren im erwerbsfähigen Alter gegenübersteht, werden dies 2060 nur noch durchschnittlich etwa anderthalb Jüngere sein.

Negativer natürlicher Saldo und stark schwankender Wanderungssaldo

Neben der Alterung führt diese Entwicklung potenziell auch zu einer Schrumpfung der Gesellschaft. Seit 1972 reichen die jährlichen Geburten in Deutschland nicht mehr aus, um die Sterbefälle auszugleichen.⁴ Im Jahr 2014 blieb auch bei der Rekordzahl von 715 000 Geburten bei 868 000 Sterbefällen immer noch eine Differenz von über 150 000. In der Vergangenheit konnte diese Differenz in den meisten Jahren durch einen positiven Wanderungssaldo ausgeglichen werden. Allerdings ist dieser über die Zeit starken Schwankungen unterworfen. Die letzte Zuwanderungsspitze vor dem Einsetzen des derzeitigen Flüchtlingszustroms gab es 1992 mit über 780 000 aufgrund der mit der Öffnung des Ostblocks verbundenen Einwanderung der sogenannten Aussiedler. Danach war der Wanderungssaldo in der Tendenz wieder rückläufig und schließlich so gering (2008 und 2009 war er sogar negativ), dass es zwischen 2003 und 2011 bereits zu einem leichten Bevölkerungsrückgang kam. Seit 2012 nimmt die Bevölkerung Deutschlands jedoch wieder zu. Im Jahr 2014 wurde ein positiver Wanderungssaldo von 550 000 verzeichnet. Für das Jahr 2015 wird aufgrund des hohen Flüchtlingszustroms ein nochmals deutlich höherer Wanderungsgewinn erwartet.

Langfristiger Bevölkerungsrückgang

Gemäß den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes wird das jährliche Geburtendefizit bis Anfang

der 2050er Jahre kontinuierlich auf über 500 000 ansteigen. Im Hinblick auf die langfristigen Zuwanderungsgewinne geht das Statistische Bundesamt in einer unteren Variante von 100 000 und in einer oberen Variante von 200 000 pro Jahr aus. Langfristig wird somit eine Abnahme der Bevölkerung erwartet und zwar je nach Variante um etwa 10% bis über 15% von 81,2 Mio. im Jahr 2014⁵ auf zwischen 68 und 73 Mio. im Jahr 2060.

Vor dem Hintergrund des aktuellen hohen Flüchtlingszustroms und des aufgrund der Demografie absehbaren langfristigen Bedarfs an zusätzlichem Arbeitskräftepotenzial in Deutschland wäre auch ein höherer durchschnittlicher Wanderungsgewinn von z.B. 300 000 pro Jahr denkbar. Dieses Szenario hat das Statistische Bundesamt in einer weiteren Modellrechnung abgebildet. Demnach würde die Bevölkerung bis 2060 auf nur etwa 78 Mio. zurückgehen. Das Szenario verdeutlicht die starke Hebelwirkung der zugrunde liegenden Wanderungsannahmen, zeigt aber auch, dass selbst bei kontinuierlich starker Zuwanderung ein Bevölkerungsrückgang langfristig kaum vermeidbar ist.

Zunehmender Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Neben den Veränderungen in der Altersstruktur und Bevölkerungszahl ändert sich auch die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Herkunft. Etwa 19% der Bevölkerung haben mittlerweile einen Migrationshintergrund.⁶ Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist dabei durchschnittlich etwa zehn Jahre jünger (im Durchschnitt 35 Jahre) als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (im Durchschnitt 45 Jahre).⁷ Die Zuwanderung wirkt somit nicht nur einem stärkeren Bevölkerungsrückgang entgegen, sondern trägt auch zu einer Verjüngung der Bevölkerung bei.

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt – Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials

Die beschriebene Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung führt dazu, dass bis 2060 für die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter mit einem Rückgang von über 20% bis 30% von heute 49 Mio. (2014) auf 38 Mio. (obere Variante 2) bis 34 Mio. (untere Variante 1) zu rech-

⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015.

⁵ Diese Zahlen basieren bereits auf den Ergebnissen des Zensus 2011, nach denen die Bevölkerungszahlen insgesamt um rund 1,5 Mio. Einwohner nach unten korrigiert werden mussten.

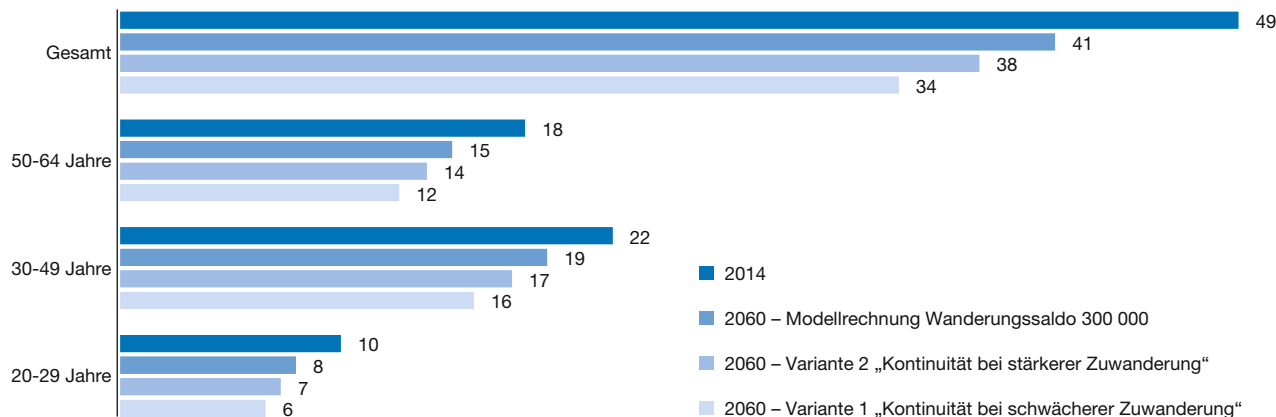
⁶ Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Bevölkerung nach Migrationsstatus regional. Ergebnisse des Mikrozensus 2011, Wiesbaden 2013.

⁷ Vgl. www.destatis.de/DE/Methoden/Zensus_/Aktuell/Migrationshintergrund.html (22.2.2016).

Abbildung 1

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 2014 und 2060 nach Altersgruppen und Modellvarianten

in Mio.



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf den Daten der 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, 2015.

nen ist. Selbst bei der Modellrechnung mit einem deutlich höheren Wanderungssaldo von 300 000 zeigt sich noch ein Rückgang von über 15% (vgl. Abbildung 1).⁸ Für den Arbeitsmarkt bedeutet dies, dass das maximal verfügbare potenzielle Arbeitskräfteangebot, das Erwerbspersonenpotenzial⁹, noch stärker schrumpfen wird als die Bevölkerung insgesamt.

Steigerung der Erwerbstätigenquoten

Einem entsprechenden proportionalen Rückgang der Erwerbstätigkeit und damit möglicherweise verbundenen Wachstumshemmnissen kann entgegengewirkt werden, indem das verbleibende Erwerbspersonenpotenzial in Zukunft besser ausgeschöpft wird.¹⁰ Ein möglicher Ansatzpunkt ist, dass Jüngere früher in den Arbeitsmarkt eintreten. In den vergangenen Jahren ist die Erwerbstätigenquote der 20- bis 24-Jährigen in Deutschland bereits von 59% (2005) auf 64% (2014) gestiegen und liegt damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 48%.¹¹ Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit. Diese hat seit 2005 um 10 Prozentpunkte zuge-

nommen und liegt nun mit 73% (2014) nicht nur weit über dem EU-Durchschnitt von 63%, sondern folgt in der EU auch gleich nach Schweden (78%) an zweiter Stelle. Drittens ist es vor dem Hintergrund der steigenden Lebenserwartung nur folgerichtig, wenn auch ältere Menschen länger im Arbeitsmarkt bleiben. Das von der EU gesetzte Lissabon-Ziel einer Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen von 50% bis 2010 hat Deutschland bereits 2007 erreicht. Im Jahr 2013 erreichten auch die 60- bis 64-Jährigen eine Erwerbstätigenquote von 50%. Dennoch bleibt hier Raum für weitere Steigerungen. Schließlich gilt es, die wachsende Gruppe von Personen mit Migrationshintergrund noch besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren: Gemäß dem Mikrozensus 2010 stellten diese knapp 30% der sogenannten Stillen Reserve, waren also entweder auf der Suche nach einem Arbeitsplatz oder für einen solchen kurzfristig verfügbar.¹²

Schlussbemerkungen

Neben einer Steigerung der Erwerbstätigenquoten sind weitere Anpassungsstrategien denkbar wie z.B. Veränderungen im Arbeitsvolumen oder der Produktivität, um den Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials auszugleichen. Zudem ist dieser Rückgang nur ein Aspekt des demografischen Wandels. Auch die veränderte Altersstruktur (alternde Belegschaften) und Zusammensetzung (mehr Personen mit Migrationshintergrund) der Erwerbsbevölkerung wird sich auf den Arbeitsmarkt auswirken. Es gilt die derzeitige wirtschaftliche Stabilität Deutschlands zu nutzen, um den Wandel weiter aktiv zu gestalten.

8 Allerdings zeigen Fuchs et al. basierend auf mittelfristig deutlich höheren Wanderungssalden von über 500 000, dass der Rückgang im Erwerbspersonenpotenzial durch eine so hohe kontinuierliche Zuwanderung tatsächlich bis 2030 aufgeschoben werden könnte, vgl. J. Fuchs, A. Kubis, L. Schneider: Die Effekte der Zuwanderung auf das langfristige Erwerbspersonenpotenzial, in: Wirtschaftsdienst, 95. Jg. (2015), H. 12, S. 845-850.

9 Das Erwerbspersonenpotenzial umfasst Erwerbstätige, Erwerbslose und die Stille Reserve. Im Gegensatz zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist es korrigiert um Personen, die als nicht erwerbsfähig gelten.

10 Vgl. A. Börsch-Supan, C. Wilke: Zur mittel- und langfristigen Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung (ZAF) 42. Jg. (2010), H. 1, S. 29-48.

11 Vgl. Statistisches Bundesamt: Arbeitsmarkt auf einen Blick: Deutschland und Europa, Wiesbaden 2016.

12 Vgl. C. Boll, A. Klotz, J. Puckelwald, J. Schneider, C. Wilke, A. Will: Ungenutzte Arbeitskräftepotenziale in Deutschland: Maßnahmen und Effekte, Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Hamburg 2013.